Danziger Dampfboot.

№ 173.

Mittwoch, den 27. Juli.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

35ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depesche.

Wien, Dienstag 26. Juli.

Gestern Nachmittag haben Vorbesprechungen der Mitglieder der Konferenz stattgefunden. Dem Vernehmen nach verheißen die Vorbesprechungen Aussicht auf einen günstigen Erfolg der Konferenz. Heute Mittag 1 Uhr findet die erste Sitzung der Konferenz statt.

Paris, Dienstag, 26. Juli.

Der „Moniteur" meldet heute: Es sind bereits Ordres ertheilt, um die Fahrzeuge flott zu machen, welche zu Transporten der Truppen, die Mexiko verlassen sollen, nöthig sind. Dieselben werden in den ersten Tagen des August abgehen.

Vom Kriegsschauplatze.

Rendsburg, 24. Juli. Heute Mittag um 12 Uhr fand auf dem Paradeplatz eine große militairische Feier statt. Es handelte sich darum, der kürzlich von dem hannoverschen Oberstlieutenant Dammers bei Gelegenheit der Alsen-Feier beleidigten preußischen und österreichischen Fahne einen feierlichen Act der Genugthuung zu geben. Zu dem Behuf waren drei Bataillone von der Brigade Göben, je ein Zug preußischer Kürassiere und Artilleristen, so wie österreichische Ordonnanzen aufmarschirt. Auf ein Zeichen des Generals v. Göben wurden gleichzeitig dieselbe preußische und österreichische Fahne auf beiden Flaggenstangen mitten auf dem Paradeplatze, wo sie früher bei festlichen Gelegenheiten so stattlich wehten, bis sie auch bei der Alsen-Feier entfaltet, auf Befehl des hannoverschen Commandanten beseitigt und auf die Hauptwache gebracht wurden, aufgezogen. Die preußischen Musikcorps spielten die preußische und österreichische Nationalhymne; die Soldaten präsentirten und ein lautes Hurrah erscholl, in das auch viele Anwesende einstimmten. Unter den Klängen des „Ich bin ein Preuße" verließen darauf die Bataillone den Platz. Nicht bloß dieser, wie die daran liegenden Häuser waren mit Fahnen geschmückt, sondern die ganze Stadt flaggte.

— Der St.-A. schreibt: In Betreff der Vorgänge in Rendsburg gab der preußische Bundestagsgesandte vom 21. d. M. in Veranlassung des in der vorigen Nummer mitgetheilten Berichts des Ober-Kommandos der Bundestruppen die nachfolgende Erklärung ab:

„Der Gesandte ist seinerseits in dem Falle, bemerken zu müssen, daß er Seitens seiner Allerhöchsten Regierung Mittheilung über die Vorgänge in Rendsburg erhalten hat, welche dieselben sehr viel ernster und beunruhigender erscheinen lassen, als die Anzeige des Ober-Kommando's der Bundestruppen sie darstellt. Danach haben Angriffe von Soldaten der Bundestruppen auf preußische Posten und andere preußische Soldaten in den Straßen mit mehrfachen Verwundungen stattgefunden und sind die Lazarethe der Schwerverwundeten in der Stadt und in Baracken tumultuarisch bedroht worden, so daß die preußischen Truppen des Nachts unter Gewehr bleiben und die Baracken auch noch länger besetzt gehalten werden mußten. — In Folge dieser Ereignisse, welchen der bedauerliche Vorgang österreichischer und preußischer Fahnen in Rendsburg jüngst vorangegangen, hat der Gesandte auch bereits vorläufige Weisung, bezüglich eines Seitens seiner Allerhöchsten Regierung beabsichtigten Antrages erhalten, wonach zur Verhütung weiterer Konflikte und zur Sicherstellung der preußischen Lazarethe, sowie der Verbindung mit den diesseitigen Truppen auf dem Kriegsschauplatz eine Aenderung der Besatzungsverhältnisse in Rendsburg unverzüglich herbeigeführt werden sollte. — Bei gegenwärtiger Sachlage behält der Gesandte auch in dieser Beziehung seiner Allerhöchsten Regierung alles Weitere vor."

— Ueber die Rendsburger Angelegenheit erhielten wir ferner aus wohlunterrichteter Quelle die nachstehende Mittheilung:

„Schon seit längerer Zeit machte sich bei den gelegentlichen Berührungen zwischen Angehörigen der alliirten Armee und der in Holstein stehenden Bundes-Executions-Division auf Seiten der letzteren eine gereizte Stimmung bemerkbar, die in der Lage, in welche die sächsisch-hannöverschen Truppen durch die Politik ihrer Regierungen schon seit dem Februar d. J. versetzt worden sind, ihre Erklärung, wenn auch nicht ihre Entschuldigung fand. Ueberdem waren bekanntlich die Bundesbefehlshaber mehrfach durch ihre absonderlichen Instructionen gezwungen, die gegen den Feind rückende, resp. schon fechtende alliirte Armee durch allerlei kleinliche Formalitäten, Verweigerung von Quartier 2c., zu belästigen und in ihrer Thätigkeit zu hemmen. Dabei soll gern anerkannt werden, daß, soviel uns bekannt, wenigstens von Seiten des General-Lieutenants v. Hake, des obersten Befehlshabers der Bundes-Division in Holstein, Alles geschehen ist, um trotz der Bundes-Instructionen jene Belästigungen der alliirten Armee so wenig nachtheilig wie möglich zu machen. Andererseits aber war es auch nicht zu verkennen, daß namentlich von Seiten hannöverscher Truppen — und wir können die Offiziere leider nicht völlig davon ausnehmen — dem Unbehagen über die jedem militairischen Herzen völlig verständliche fatale Lage, in welche sie durch die seltsame Politik der betreffenden Regierungen versetzt worden waren, dadurch Ausdruck gegeben wurde, daß die schlechte Laune sich gegen die Angehörigen der siegreichen alliirten Armee kehrte, welche doch vielmehr den gerechtesten Anspruch auf die Sympathie deutscher Waffenbrüder gehabt hätte, und welche gewiß die sächsisch-hannöverschen Kameraden mit herzlicher Freude begrüßt haben würden, wenn es denselben vergönnt gewesen wäre, an den Kämpfen gegen Dänemark Theil zu nehmen, statt bei einer längst gegenstandlos gewordenen Execution in Holstein in gezwungener Thatenlosigkeit zu verharren.

Einen gewissermaßen offiziellen Ausdruck der Abneigung, welcher von hannöverscher Seite gegen die alliirte Armee herrschte, erhielt man zuerst durch den Vorgang in Rendsburg am 29. Juni d. J.

Mit Recht erregte es nicht nur unter dem Publikum, sondern auch bei der verbündeten Armee das größte Befremden und den lebhaftesten Unwillen, als man durch die Zeitungen erfuhr, daß der damalige Bundes-Kommandant von Rendsburg, der hannöversche Oberst-Lieutenant Dammers, sich veranlaßt gesehen habe, die Fahnen der alliirten Armee, welche ein Privatmann in der Freude über den Sieg von Alsen mit anderen Fahnen aufgepflanzt hatte, durch eine Patrouille zu entfernen. Es mag hier unerörtert bleiben, inwiefern der Kommandant jenem Privatmann gegenüber in seinem Rechte war und denselben etwa zur Verantwortung hätte ziehen können: nimmermehr aber durfte er sich erlauben, bei dieser Gelegenheit durch eine gewaltsame Entfernung und Confiscation der Fahnen einer verbündeten Armee, die eben nach neuem Siege aus frischen Wunden blutete, auf eine so auffallende Weise zu beleidigen! — Es war daher gewiß völlig gerechtfertigt, daß das Ober-Kommando der alliirten Armee, sobald es amtliche Kenntniß von dem Vorgange erhalten und dadurch die Zeitungs-Nachrichten im Wesentlichen bestätigt gefunden hatte, sich sofort an den General-Lieutenant v. Hake mit der Forderung wandte: den Oberst-Lieutenant Dammers von seinem Posten als Kommandant von Rendsburg abzulösen und dies alsdann dem Ober-Kommando der alliirten Armee anzuzeigen.

General-Lieutenant v. Hake hat hierauf diese erforderliche Genugthuung geleistet und Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl die Mittheilung gemacht, daß er die Ablösung des Oberst-Lieutenants Dammers angeordnet habe. — Es mag wohl sein, daß dieser Vorgang in engem Zusammenhange steht mit den groben Excessen, die wenige Tage später, am 17. und 18., durch Königlich hannöversche Unteroffiziere und Soldaten gegen preußische verübt wurden. Aus einer — allem Anscheine nach vollständig vorbereiteten — Schlägerei in einem Tanzlokale entwickelten sich Straßentumulte, Königlich preußische Wachtposten wurden gröblich insultirt und sogar die diesseitigen Lazarethe durch Steinwürfe und Drohungen gegen die Verwundeten und Kranken beunruhigt; — ja am 18. Abends haben selbst drei hannöversche, nicht im Dienst befindliche Offiziere gegen eine Königlich preußische Wachtpatrouille den Säbel gezogen, um die Befreiung eines hannöverschen Unteroffiziers zu erwirken, der eine Schildwache thätlich angegriffen hatte.

Diese Vorfälle erforderten schleunigste Genugthuung, das Ober-Kommando der alliirten Armee konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß an einem wichtigen Etappen-Punkte des Heeres Angehörige desselben von gehässigem Neide auch fernerhin insultirt und die Ruhe schwer Verwundeter und Kranker von Neuem durch ähnliche Tumulte bedroht wurde. Daher erhielt der Generalmajor v. Goeben den Befehl, am 21. d. M. mit einer kombinirten Brigade in Rendsburg einzurücken und sich zum Herrn dieses Platzes zu machen.

Gegen Mittag des genannten Tages war der Befehl ausgeführt, ein preußischer Kommandant bestellt, die Wachten mit preußischen Truppen besetzt. Die bisherige Bundesgarnison hat Rendsburg kurz vor dem Einmarsch der Preußen freiwillig geräumt, und ist am selben Vormittag nach einigen südlich der Stadt gelegenen Dörfern abgerückt.

Wie wir ferner vernehmen, hatte Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl den General v. Hake am 21. Morgens durch ein Schreiben von seiner getroffenen Anordnung in Kenntniß gesetzt; General-Lieutenant von Hake protestirte gegen den Einmarsch der preußischen Truppen und soll später auf Befehl der Bundes-Versammlung noch einen zweiten förmlichen Protest hinzugefügt haben.

Wir geben vollkommen zu, daß die Lage, in welche durch Schuld ihrer Regierungen die Bundestruppen sich schon seit Beginn des Jahres in Holstein befinden, eine höchst unbehagliche und schwierige ist, und begreifen, daß namentlich die neuesten Folgen der beklagenswerthen Excesse in Rendsburg diese Lage zu einer für jedes militairische Gefühl fast unerträglichen gemacht haben, — allein eine Armee, die vor dem Feinde steht, konnte sich in ihrem Rücken

nicht ungestraft beleidigen lassen, und konnte es ebensowenig dulden, daß an einem so wichtigen Etappenpunkte durch etwa sich wiederholende Excesse ihre Thätigkeit gehemmt, ihre Verbindung mit der Heimath gestört, die Ruhe ihrer Kranken und schwer Verwundeten bedroht wird. Mögen diejenigen die jetzige Situation verantworten, welche die Bundestruppen in eine so schiefe Position versetzt haben!"

— Wir schließen daran zwei Nachrichten, die mit den Vorgängen in Rendsburg in Verbindung zu stehen scheinen: daß dem „Dresd. Journ." zufolge „der sächsische Kriegsminister Herr von Rabenhorst auf Königlichen Befehl sich am 23. nach Altona begeben hat", und daß nach einem Telegramm der „österr. konst. Ztg.", „General v. Hake seines Postens als Kommandant der Bundes-Executionstruppen enthoben worden sei." Wie wir erfahren, ist derselbe auch bereits abgereist.

Das Einrücken der preußischen Truppen in Rendsburg schildert das dortige Wochenblatt in folgender Weise: Am 21. Vormittags gegen 11 Uhr, als so eben die hier garnisonirenden Bundestruppen vom Exercieren zurückgekehrt waren, erschollen die Allarmsignale und wurde den Soldaten der Befehl ertheilt, innerhalb einer halben Stunde zum Abmarsche sich fertig zu machen, da Rendsburg von Preußen, die in der Stärke von einer Brigade, alle Waffengattungen umfassend und zum Theil mittelst Eilzügen herbeigeschafft, vor der Stadt lagerten, besetzt werden sollte. Angeblich hatten die preußischen Truppen Befehl bei etwaigem Widerstande Gewalt anzuwenden. Die Bundestruppen, darunter die hier stets gern gesehenen Sachsen, verließen die von ihnen besetzten Wachen und verschiedenen Posten, ohne wie es sonst üblich, diese zu übergeben und eilten aus der Stadt, sich vor derselben lagernd, um im Laufe des Nachmittags die noch zurückgelassenen Effecten nachzuholen. Um 12 Uhr marschirten 2 Bataillone des 15. Regiments unter Führung des Generalmajor v. Göben, voran das Musikcorps die Melodie des Nationalliedes „Ich bin ein Preuße 2c." spielend in die Stadt, woselbst sie Quartier bezogen. In den umliegenden Dörfern auf ca. 1 Stunde Entfernung cantonniren gleichfalls preußische Truppen. Die Sachsen und Hannoveraner haben, wie verlautet, die Orte Schlüp, Schwabe, Jevenstedt u. s. w. vorläufig besetzt. Wir haben wohl nicht nöthig besonders zu erwähnen, daß diese so unerwartet erfolgte Occupation namentlich durch die Art und Weise, in der sie ausgeführt, einen überraschenden Eindruck auf die Bürgerschaft machte.

Berlin, 26. Juli.

— Die Vorfälle in Rendsburg finden hier die mannigfachste Deutung. Die Einen geben dem Bundes-Commando, Andere Preußen unbedingt Recht. In ministeriellen Kreisen sieht man die Besetzung Rendsburgs durch preußische Truppen für den ersten Schritt an, der der preußischen Politik obgelegen, um Holstein dem Bunde zu entziehen. Die Execution, sagt man, hat aufzuhören, weil sie zwecklos ist, und die deutschen Großmächte, die Schleswig befreiten, müssen nun auch Holstein an sich nehmen, weil den Siegern über Dänemark die Regelung der Herzogthümerfrage allein zukomme. So vollständig habe der Bund von Beginn der Action an Fiasco gemacht, daß er jetzt, wo der dänisch-deutsche Conflict dem Abschluß nahe sei, nothgedrungen zurücktreten müsse. Der Umstand, daß Holstein deutsches Bundesland ist, dessen Angelegenheiten in jedem Falle zum Ressort des Bundes gehören, wird außer Acht gelassen; man erblickt in den Großmächten die factische Repräsentation Deutschlands und läßt jedes andere Bedenken ohne Weiteres außer Acht. Preußen und Oesterreich werden, nach Auffassung unserer ministeriellen Kreise, ihre höchsten Triumphe feiern, wenn sie baldmöglichst, nach Entfernung der Bundestruppen, ein Provisorium einrichten, in welchem die wahre Meinung der Schleswig-Holsteiner endlich klar hervortreten kann. Daß der Augustenburger Sympathien in Schleswig-Holstein habe, wird für Irrthum erachtet. Nach verhältnißmäßig kurzer Zeit werde Schleswig-Holstein sich wesentlich anders ausnehmen wie jetzt. So sehr nimmt die Rendsburger Affaire das Interesse Aller gefangen, daß darüber die Friedensverhandlungen in Wien ganz vergessen werden.

— Am Sonntag Morgens kam unter anderen dänischen Gefangenen mit dem Hamburger Zuge auch der Kapitain Hammer hier an, um nach der Festung Schweidnitz transportirt zu werden.

Frankfurt a. M., 22. Juli. Gegen den österreichisch-preußischen Antrag, den Herzog Friedrich um Begründung seiner Ansprüche auf die Herzogthümer zu ersuchen, haben sich in der gestrigen Bundestags-Sitzung erklärt: Bayern, Württemberg, Königreich Sachsen, Großherzogthum Hessen und Braunschweig; doch scheint die Abstimmung Württembergs sehr bedingungsweise gelautet zu haben, da es nach einer anderen Version zu den für den Antrag stimmenden gezählt wird. Das Motiv der vereint Abstimmenden ist wohl zumeist das gewesen, weil sie eine Verschleppung der Endentscheidung fürchten. Baden hat sich zwar, wie es scheint aus formellen Gründen, für den Antrag erklärt, bei dieser Gelegenheit aber eine scharfe Kritik über die oldenburgischen Ansprüche geübt. Ueberhaupt scheinen mehrere Boten sehr reservirt und verclausirt gewesen zu sein. Die Berichte des General-Lieutenants v. Hake über die neueren Vorfälle in Rendsburg wurden den vereinigten Ausschüssen zugewiesen, welche, je nach Befund, wohl einen Protest gegen die Besetzung durch Preußen vorschlagen werden. (Ist bekanntlich bereits geschehen.)

— 24. Juli. In der letzten Bundestagssitzung gab der Vertreter der 12. Kurie über den österreichisch-preußischen Antrag sein Votum dahin ab, daß die durch ihn repräsentirten Regierungen über den Werth der Ansprüche des seitherigen Erbprinzen von Augustenburg auf die Erbfolge in Schleswig und Holstein eine rechtliche Ueberzeugung durch die bereits vorliegenden gründlichen Untersuchungen schon längst gewonnen haben. Sie würden daher in der Lage sein, einem Antrage, welcher auf die sofortige Anerkennung und demgemäß Einsetzung des Herzogs Friedrich von Augustenburg in die Regierungsgewalt gerichtet wäre, schon jetzt bestimmen zu können und würden nur den Vorbehalt der etwaigen besseren Rechte Dritter beizufügen haben: bestände aber bei den anderen Regierungen dieselbe rechtliche Ueberzeugung von der Begründung der Augustenburger Ansprüche nicht, so erscheine der vorliegende Antrag immerhin als ein geeigneter Weg, dieselbe herbeizuführen, und würde die Kurie daher demselben als einer geschäftlichen Maßnahme beistimmen.

Stuttgart, 24. Juli. Gestern Nachmittag langte der seit einigen Wochen im Wildbad zu einer Badekur weilende k. preuß. Feldmarschall v. Wrangel hier an und wurde im Bahnhofe vom Kriegsminister v. Miller abgeholt, von wo beide alte Haudegen Arm in Arm ins Hotel Morquordt gingen, und später nach dem Rosenstein und den Wilhelma fuhren. Abends verließ Graf Wrangel Stuttgart wieder.

Wien, 23. Juli. Herr v. Bismark hatte heute Mittag Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser. Der Empfang, der dem preußischen Staatsminister wurde, war ein für ihn sehr auszeichnender. Nach der Audienz beim Kaiser begab er sich sofort zum Grafen Rechberg, mit dem er eine längere Zeit conferirte. Heute Abend machen die beiden Minister einen Ausflug auf eine Besitzung des Grafen Rechberg, (Kettenhof), wo dem Gaste zu Ehren ein Diner stattfindet. In Begleitung des Hrn. v. Bismark sind hier auch die Legationsräthe Abeken und v. Kundel angekommen.

Bremen, 22. Juli. Die österreichische Dampffregatte „Schwarzenberg" ist unter Führung des Contre-Admirals Tegethoff in Bremerhaven eingetroffen und zur Einnahme des Fockmastes in den neuen Hafen unter die Sheers gelegt worden. Von dem blutigen Kampfe am 9. Mai sind nur noch wenige Spuren sichtbar; so ein Schuß im Klüverbaum, in der Nähe der Gallionbüste. Durch die Einnahme des ca. 3 Fuß im Durchmesser haltenden, auf Tecklenborgs Werft angefertigten neuen Mastes wird jedoch bald die Fregatte ihr invalides Aussehen verlieren und wieder kampfbereit in See gehen können.

Kiel, 24. Juli. Eine Mittheilung der „Nordd. Zeitung" aus Schleswig, daß ein dorthin gelangtes Telegramm vom Hofchef Herzogs Friedrich eine Reise desselben nach Gotha angezeigt habe, ist unrichtig. Wie ich Ihnen mittheilte, reiste der Herzog am 19. nach Neudorf bei Lütjenburg und kehrte von dort am 20. hierher zurück.

— Gestern Abend traf Prinz Albrecht (Vater) hier ein. In Folge dessen war großer militairischer Zapfenstreich.

— Vor längerer Zeit berichtete ich Ihnen über den Stand der freiwilligen Anleihe für Schleswig-Holstein. Es haben nach einer so eben veröffentlichten neuen Uebersicht die Beiträge sich jetzt auf 155,115 Thlr. gemehrt. Kiel ist unterdeß von 18,660 Thlr. auf 20,230 Thlr. gestiegen, wogegen Altona auf seinen 4100 Thlr. stehen geblieben ist. Es scheint darnach in der reichen Stadt, welche sonst in neuester Zeit die politische Führung erstreben möchte, wenig Interesse für die Anleihe zu sein. Meldorf und Umgegend sind von 5835 Thlr. auf 7055 Thlr. gestiegen, Brunsbüttel und Umgegend von 1300 auf 2170 Thlr., der dänische Wohld von 3750 auf 6000 Thlr., Lunden von 1200 auf 1900 Thlr. Neu hinzugekommen sind u. A. die bordesholmer Sparcasse mit 1000 Thlr., die Stadt Schleswig mit 3810 Thlr., der schwansener Güterdistrikt mit 6450 Thlr. 2c. Die nordschleswigschen Städte haben sich noch nicht betheiligt, Flensburg erst mit 15 Thlr., Eckernförde mit 25 Thlr. Dagegen finden wir Garding mit 1845 Thlr., Tönning mit 2495 Thlr. Außerdem, wie schon das frühere Verzeichniß angab, verschiedene eiderstädtische Landdistrikte mit ansehnlichen Summen.

Glücksburg, 20. Juli. Die vor Kurzem von verschiedenen Zeitungen gebrachte Mittheilung, daß Se. Durchlaucht der Herzog Carl von Glücksburg gegen die Erbansprüche des Großherzogs von Oldenburg unter Anerkennung derjenigen des Herzogs von Augustenburg, Protest erhoben habe, hat in den Kreisen, die zu der herzoglich glücksburgischen Familie in einiger Beziehung standen, keine Ueberraschung hervorgerufen. Hier in Glücksburg war es bereits vor Anfang des Krieges aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden, daß die herzogliche Familie in ihren Ansichten entschieden auf der Seite des schleswig-holsteinischen Volkes stand und das Vorgehen des Königs Christian IX. in unserer Landessache, namentlich dessen Mutter, die verwittwete Frau Großherzogin von Glücksburg, in tiefe Trauer versetzt habe. Es wird ferner auf das Bestimmteste versichert, daß auch der verstorbene Vater Christian IX. die Erbansprüche des Augustenburger Hauses anerkannt und seinen Kindern das Versprechen abgenommen habe, hiergegen niemals etwas zu unternehmen. (?)

— Diejenigen, denen unsere hiesigen Verhältnisse bekannt sind, wird es nicht überraschen, zu erfahren, daß die dänische Sprache zum Theil Geschäftssprache ist. Die von der hiesigen Hardesvogtei den Landleuten durch den Hardesboten gebrachten mündlichen Eröffnungen wegen Leistung von Fuhren u. s. w. werden noch immer in dänischer Sprache überbracht.

Kopenhagen, 23. Juli. Die gestrigen Verhandlungen des Reichsraths-Volksthings waren von untergeordneter Bedeutung. — Gestern sind die wenigen deutschen Kriegsgefangenen, welche im Laufe des letzten Monats theils aus Jütland, theils von der Insel Alsen herüberkamen, in die Gegend des kleinen Belts transportirt worden, um ausgetauscht zu werden. Die 7 Sylter Patrioten dagegen, welche der Capitainlieutenant Hammer s. Z. aufgreifen und hierher schleppen ließ, befinden sich noch immer auf der naheliegenden Citadelle Fredrikshavn, wo jeder von ihnen ein s. g. kleines Offizierzimmer bewohnt —. Die früher mitgetheilte hauptstädtische Adresse an den König, betreffend die Anerkennung des neuen Ministeriums, wird jetzt auch in der Provinz, d. h. auf den dänischen Inseln colportirt. Noch bemerkenswerther ist aber eine soeben aus dem nördlichsten Jütland (Vendsyssel) eingetroffene Adresse worin wörtlich folgende Aeußerungen vorkommen: „Wir bitten um eine Unterbrechung des unnützen Blutvergießens, welches zu nichts anderem führt, als zu der Zerstörung von Menschenleben und des Landes. Wir ersuchen Ew. Majestät, Sich mit anderen Rathgebern umgeben zu wollen, und zwar so, daß die (eiderdänische) Partei, welche in 10 Jahren das Land regiert und sich ebenso untüchtig erwiesen hat, das Staatsruder zu lenken als den Krieg zu führen, für längere Zeit möge unmöglich gemacht werden." Diese Adresse trägt das Datum des 5. Juli, und ist, der amtlichen „Berl. Tid." zufolge, mit 500 Unterschriften bedeckt. — Zahlreiche Kriegsschiffe sind jetzt aus verschiedener Richtung auf die hiesige Rhede zurückgekehrt, darunter die Panzercorvette (früher Linienschiff) „Dannebrog", welche also nicht, wie vor etwa 8 Tagen in den „Hamb. Nachr." zu lesen stand, vor der im Kattegat belegenen dänischen Insel Läffoe strandete. — Im südlichen Fünen sind vier verdächtige Individuen aufgegriffen worden, rücksichtlich deren (geborene Dänen) es jetzt nachgewiesen worden sein soll, daß sie preußische Spione waren. Einer derselben wurde in demselben Augenblicke ergriffen, als er unweit der Stadt Faaborg ein Boot besteigen wollte, um nach der Insel Alsen zu gelangen. Man will bei ihm einen Brief gefunden haben, worin ihm für den Fall genauer Mittheilungen über die Stärke der Dänen und über deren Vertheidigungskräfte auf verschiedenen Punkten der fünenschen Küste 1000 Thlr. zugesichert worden sein sollen, sowie außerdem ein genaues schriftliches Verzeichniß über solche Aufschlüsse. Der Arrestant war kurz vor der Verhaftung in Faaborg in drei verschiedenen Anzügen gesehen worden und hatte dadurch die Aufmerksamkeit dänischer Militairpersonen auf sich hingelenkt.

London, 21. Juli. Nach einer Mittheilung von „Daily News“ sollen die Cabinette von Wien und Berlin eine neue Circularnote an ihre Gesandten in Paris, London, Petersburg und Stockholm versandt haben, in welcher sie über die Lage Schleswigs folgende Erklärung abgeben: „Obwohl die verbündeten Mächte sich in jeder Weise bemühen, um Schleswig, gleich den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, welche zum deutschen Bunde gehören, unter die gemeinschaftliche Verwaltung österreichischer und preußischer Commissare zu stellen, wäre es doch voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Einverleibung Schleswigs die nothwendige Folge dieser Maßregel sein werde. Das Herzogthum Schleswig wird thatsächlich, kraft seiner Ansprüche auf eine unauflösliche Verbindung mit Holstein, das Schicksal dieses Herzogthums theilen, doch kann dieses geschehen, ohne daß Schleswig ein deutscher Bundesstaat werde. Der zukünftige Souverain der Herzogthümer wird Prinz von Holstein sein und bleiben; aber trotzdem könnte er, wie andere Bundesfürsten, auch außerhalb des Bundes Besitzungen haben.“

In Algerien ist wieder einmal die nackte Militairherrschaft eingesetzt worden, ein glänzender Beweis der Kläglichkeit Französischer Colonialwirthschaft. Der Kaiser hat sich gewiß nur schwer zu dem Decrete, das heute im „Moniteur“ steht, entschlossen; indeß er kann nicht Alles selbst thun und es fehlt ihm ganz außerordentlich an Capacitäten für ein Feld, wo die Französische Geschichte eine fast ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und moralischen Niederlagen bei endlosen Opfern an Gut und Blut ist. Wieder einmal also ist den Civilbeamten die Leitung der Geschäfte abgenommen; die Präfekten Algeriens stehen unter den commandirenden Generalen, in deren Händen die Civil- und Militairgewalt sowohl in den Civil- wie in den Eingebornen-Territorien ungetheilt ruht. In dem Berichte des Kriegsministers stellt die Französische Regierung sich folgendes Armuthszeugniß über ihre Verwaltung aus: „Dermalen liegen die wahren Ursachen des Aufstandes in Süd-Algerien, der rasch im Volke um sich griff und das Herz unserer Colonisationssitze ergriffen hätte, wenn unsere Truppen nicht herbeigeeilt wären, um dieselben zu schützen. Nicht blos der Fanatismus trieb die Eingeborenen zum Aufstande; auch die thörichte Hoffnung, die Wachsamkeit einer Macht zu hintergehen, die sie für wehrlos hielten, weil sie die Thätigkeit derselben getheilt sahen; das unkluge Geschrei einer leidenschaftlichen Presse beunruhigte die öffentliche Meinung und erweckte bei den Eingeborenen die Furcht vor einer Zukunft, die ihren Personen harte Zeiten und ihren Interessen Gefahr drohe. Diese leichtgläubigen, doch stolzen Bevölkerungen wollen vor eine feste, aber gerechte Gewalt geführt sein.“

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 27. Juli.

[Stadt-Verordneten-Sitzung am 26. Juli.] Vorsitzender: Hr. Rechtsanwalt Röpell; Magistrats-Commissarien: Hr. Kämmerer Strauß und Hr. Stadt-Baurath Licht. Anwesend: 42 Mitglieder. — Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und, da sich kein Widerspruch erhebt, angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Weinberg, Bertram und Bischoff ernannt. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist ein Gesuch des Mitgliedes der Versammlung, Herrn Justiz-Rath Breitenbach, um einen 6wöchentlichen Urlaub. Das Gesuch wird bewilligt, wie denn auch dem bereits beurlaubten Mitgliede der Versammelung, Herrn Stattmiller, ein Nachurlaub bewilligt wird. Dann theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der neue Betriebsbericht der Gasanstalt eingegangen sei, welcher im Büreau ausgelegt werden solle. Dem Berichte zufolge brennen jetzt 10,249 Flammen. Nachdem eine Uebertragung von Kaufschoß auf das Conto der unsicheren Forderungen und eine Absetzung von Grundzins bewilligt worden, kommt ein von 116 Vorbautenbesitzern an die Versammelung gerichtetes Gesuch zur Berathung. In diesem Gesuch wird die Versammelung gebeten, die beiden folgenden von den Petenten an den Magistrat gerichteten und von diesem zurückgewiesenen Anträge zu ihrem Beschluß erheben zu wollen:

1) daß jedem Vorbautenbesitzer für die Vorgebäude volle Entschädigung gewährt und die Entschädigung in jedem einzelnen Falle durch einen Compromiß resp. einen schiedsrichterlichen Spruch festgestellt werde,

2) daß die Vorbauten bestehen bleiben dürfen, bis die Mittel zur Entschädigung der einzelnen Besitzer beschafft sein werden.

Zuerst ergreift Herr J. C. Krüger das Wort. Er wisse, sagt er, daß er mit seiner Ansicht, betreffs dieser Angelegenheit in der Minorität bleiben werde. Das solle ihn aber nicht abhalten, dieselbe auszusprechen. Die 116 Petenten hätten ihr an den Magistrat gerichtetes Gesuch durch Gesetzesstellen begründet und erklärt, daß sie weiter nichts verlangten, als das, was ihnen auf Grund bestehender Gesetze und — des unantastbaren Rechtes zugestanden werden müsse. Man habe nun erwarten dürfen, daß der Magistrat in seiner abschlägigen Antwort an die Petenten die von ihnen angezogenen Gesetzesstellen näher beleuchtet und, falls dieselben nicht stichhaltig seien, auch dies dargethan hätte, damit die Leute im Stande seien, ihren Irrthum zu erkennen. Aus diesem Grunde möge die Versammelung den Magistrat ersuchen, sich vom juristischen Standpunkte aus über die von den Petenten angezogenen Gesetzesstellen zu erklären. Es sei dies nicht nur durch Billigkeitsrücksichten, sondern auch durch das Interesse der Stadt geboten. Die Zahl derjenigen Bürger, welche im Besitz von Vorbauten sei, betrage 700. Sollten diese Siebenhundert in dem guten Glauben, den Prozeß zu gewinnen, diesen wirklich unternehmen, ihn aber verlieren, so würden Viele von ihnen sich in der Lage befinden, nicht die pflichtmäßigen Abgaben an die Commune bezahlen zu können. Ein solcher Ruin der Mitbürger würde also auch die Interessen der Stadt sehr beeinträchtigen. Sollte aber, was ja auch möglich wäre, der Magistrat den Prozeß verlieren, dann würden der Stadt Ausgaben erwachsen, die fast unerschwinglich sein möchten. — Herr Jebens macht den Vorschlag, das Ende eines Prozesses in dieser Angelegenheit abzuwarten, worauf die Mittheilung erfolgt, daß der Menk'sche Prozeß bereits zu Gunsten des Magistrats entschieden sei. — Herr F. W. Krüger hält es für das Beste, daß die Angelegenheit auf friedlichem Wege zum Austrag gebracht werde. An einigen Stellen, sagt er, müßten die Vorbauten unbedingt abgebrochen werden, weil sie den Verkehr auf der Straße hemmen. An andern Stellen seien sie aber demselben in keiner Weise hinderlich. Wo dies der Fall sei, da müsse man nicht, vielleicht nur wegen einseitiger Aufrechthaltung eines Prinzips, auf die Leute mit Härte losgehen, um sie in ihrem Besitzthum zu stören. Man möge sie so lange in Frieden lassen, bis sich der Abbruch ihrer Vorbauten als eine Nothwendigkeit erweise. Mit denjenigen Besitzern, deren Vorbauten für den Verkehr hinderlich seien, möge sich aber der Magistrat in Beziehung setzen, um wegen einer Entschädigung mit ihnen zu unterhandeln. — Hierauf ergreift Herr Helm das Wort und beantragt, das Gesuch der Vorbautenbesitzer einfach dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Der vorliegende Fall, sagt er, sei analog dem der Schmiedemeister, welcher in vorletzter Sitzung berathen worden. Der Unterschied bestehe nur darin, daß der vorliegende Fall eine größere Zahl unserer achtbarsten Mitbürger betreffe und von größerer Tragweite sei, als jener. Redner legt dann bei der Begründung seines Antrags auf den Umstand Gewicht, daß die Stadt stets Kaufschoß beim Verkaufe der Vorgebäude entnommen und führt ferner an, daß in vielen Fällen die Haupteinnahmen der Grundbesitzer auf den Vorgebäuden beruhe. Ueberdies würde der Abbruch des Vorbaus den betreffenden Besitzern in vielen Fällen sehr bedeutende Geldausgaben verursachen; denn in der Regel sei derselbe von dem Keller bis zur Balkenlage so innig mit dem Hauptgebäude verbunden, daß dieses nach dem erfolgten Abbruch ganz umgebaut werden müsse. — Trotz des kostspieligen Umbaues würde das Haus bedeutend an Werth verlieren, und da möchte denn doch wohl mancher Hausbesitzer in die traurige Lage kommen, unter dem Damoklesschwert seines Hypothekengläubigers große Angst auszustehen. Aus allen diesen Gründen sei es sehr wünschenswerth, den Weg der Vermittelung zwischen Vorbautenbesitzern und den Behörden einzuschlagen. Dies sei nach der neuen Geschäftsordnung durch den von ihm, dem Redner, eingebrachten Antrag möglich. Der Redner weist ferner darauf hin, daß schon mehrere Male die Versammlung in dieser Frage den gütlichen Vergleich einem crassen Abweisen billiger Entschädigung vorgezogen habe und sagt, daß, wenn man consequent bleiben wolle, jetzt den betreffenden Mitbürgern das nicht verweigert werden dürfte, was man früher andern gewährt. Sträube der Magistrat sich gegen Einführung eines Expropriationsverfahrens, weil nach seiner Meinung es der Commune zu große Kosten auferlege und dessen Anwendung in allen Fällen auch nicht als gerechtfertigt erscheinen würde, so könne er doch wenigstens die Vorbautenbesitzer darauf hinweisen, daß er sich im Allgemeinen billigen Ablösungsbedingungen niemals entgegensetzen werde; er thue damit einen Schritt des Entgegenkommens und gewinne Anhänger und Freunde. Schließlich führt Redner an, daß die Vorbautenbesitzer nicht geneigt seien, zu glauben, die hiesige Polizei-Behörde sei es, von welcher die schonungslose Entfernung der Vorgebäude unmittelbar verlangt würde. Denn warum, so frage man, hätte denn dieselbe nicht schon früher ein solches Verlangen gestellt, da sie doch schon seit Jahren in derselben Weise zusammengesetzt sei, wie heut? — Ueberdieß glaube man mit voller Bestimmtheit, daß von dem Chef unserer Polizeibehörde, den die Bürger unserer Stadt wegen seiner Humanität und Gerechtigkeitsliebe wie ein Vater verehrten, eine solche Maßregel nicht ausgehen könne. Jedermann wisse, daß mit dem Anfang einer neuen Aera in unserem Magistrate die Vorbautenfrage erst die bedeutenden Dimensionen angenommen habe, welche jetzt in so vielen Mitbürgern Angst hervorrufe. Redner hofft, daß diese Behörde die brennende Frage mit Gerechtigkeit und christlichem Sinne ihrer Erledigung entgegen führen werde. Denn justitia et pietas, wie mit goldenen Buchstaben an den Thoren unserer Vaterstadt geschrieben stehe, müßten auch in diesem Falle als Richtschnur dienen. — Herr Liévin erklärt, die Veranlassung zum Abbruch der Vorbauten, bei denen sich die Nothwendigkeit desselben zeige, gehe von der Polizeibehörde aus und sei durch ein bestehendes Gesetz geboten. Das Gesetz verlange, daß, sobald ein Vorbau seinem Verfall entgegengehe, er durch keine Reparatur an demselben gehindert werde. Die Polizeibehörde habe für die Befolgung dieses Gesetzes zu sorgen, der Magistrat sei dabei ohne jeden direkten Einfluß. Uebrigens sei es ja bekannt, daß die Verfügungen in dieser Angelegenheit nicht von dem Magistrat, sondern von der Kgl. Regierung ausgegangen. Was die Wirksamkeit des Magistrats in derselben anbelange; so könne man überzeugt sein, daß derselbe die Forderungen der Humanität nicht kalt von sich zurückweisen werde. Seine Handlungsweise in bekannten früheren Fällen liefere dafür Bürgschaft. Die Vorbautenbesitzer würden nur nöthig haben, sich in speciellen Fällen zu ihm in Beziehung zu setzen, und sie würden, sobald ihre Ansprüche nach genauer Prüfung als wohl begründete hervortreten sollten, Berücksichtigung finden. Unter keiner Bedingung dürfe und könne man aber von dem Magistrat erwarten, daß er eine Maßregel, die nicht von ihm ausgegangen, rückgängig mache. Es würde sich deßhalb empfehlen, daß man über das Gesuch der 116 Vorbautenbesitzer zur Tagesordnung übergehe. Herr Hybbeneth erklärt, die Vorbautenbesitzer hätten nicht nöthig, sich behufs einer Entschädigung für den Abbruch ihrer Vorbauten etwa bittend an den Magistrat zu wenden; sie hätten ein Recht erkauft und auf dies erkaufte Recht müßten sie bestehen. Kein Mensch könnte es ihnen streitig machen. Die Beischläge der reichen Hausbesitzer seien dem Verkehr auf der Straße eben so hinderlich, wie die Vorbauten. Jene wolle man stehen lassen, aber diese, aus denen der ärmere Bürger zum großen Theile seinen Lebensunterhalt schöpfe, sollten weggerissen werden. Das sei keine Gerechtigkeit und keine Gleichheit vor dem Gesetze. Er, Redner, stimme für den Krügerschen Antrag. Herr J. C. Krüger hält es für unangemessen, daß Bürger da demüthig bitten sollten, wo sie auf Grund ihres guten Rechtes fordern dürfen. Herr Biber schlägt vor, das Gesuch der 116 Vorbautenbesitzer ohne Weiteres ad acta zu legen. Denn mit einer Einmischung in diese Angelegenheit würde sich die Versammlung auf ein Gebiet begeben, auf welchem sie nichts zu suchen habe. Herr Damme erklärt, die brennende Frage über die Vorbauten existire nicht etwa erst seit der neuen Aera unseres Magistrats, sondern sei schon zur Zeit des Herrn Oberbürgermeisters Groddeck ventilirt worden. Herr F. W. Krüger reicht seinen Antrag in folgender Fassung schriftlich ein: „Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, mit den Vorbautenbesitzern, deren Vorbauten aus Sicherheitsmaßregeln beseitigt werden müssen, sich auf einem gütlichen Wege zu einigen, dagegen diejenigen Vorbautenbesitzer, welche aus andern Gründen, als aus denen der öffentlichen Sicherheit ihre Vorbauten abbrechen wollen, mit ihren Entschädigungsansprüchen abzuweisen.“ Herr Otto Steffens erklärt die Annahme dieses Antrags als gefährlich für die Kommune. Die Versammlung entscheidet sich denn auch nicht für denselben, sondern geht, dem Antrage der Herren Liévin, Biber und Jebens gemäß, über das Gesuch der 116 Petenten zur Tagesordnung über.

(Schluß folgt.)

— Hr. Musik-Director Laade wird am nächsten Sonnabend im großen Saale des Hrn. Böttcher zu Zoppot ein Vocal- und Instrumental-Concert unter gütiger Mitwirkung der Frau Holtzstamm und des Kais. russ. Hofschauspielers Hrn. W. Gerstel veranstalten. Es wird den Badegästen angenehm sein, auf diese Weise Gelegenheit zu einem Kunstgenuß zu finden.

— [Excesse.] Gestern Abend fand hinter dem Lazarethe eine Schlägerei statt, bei welcher fünf Arbeiter auf einen mit Fäusten losarbeiteten und ihn durch Fußstöße so verletzten, daß der Angegriffene besinnungslos in das nahegelegene Lazareth gebracht werden mußte. Die Schläger wurden von der Wachtmannschaft am Olivaer Thore arretirt. Eine große Menge von Menschen war Zeuge dieses brutalen Actes. — Gestern Nachmittags war ein Arbeiter so ungezogen auf der Langen Brücke, ohne irgend welche Veranlassung einen polnischen Juden am Bart zu zausen und mit der Hand ins Gesicht zu schlagen. — Ein anderer Arbeiter gerieth gestern gegen einen Kameraden so in Wuth, daß er die Thür seines Nachbars im Schwarzen Meere mit einer Axt einschlug. — Noch ein anderer Arbeiter in Petershagen goß aus Uebermuth einem Mädchen einen Eimer voll Wasser, welchen dasselbe neben sich niedergesetzt hatte, um auszuruhen, über den Kopf und durchnäßte die Arme. Als dieselbe den Menschen deshalb zur Rede stellte, nahm er den leeren Eimer und warf ihn derselben an den Kopf.

— Zwei Kinder fielen gestern zu gleicher Zeit von einem am Grünen Thore liegenden Oderkahne in die Mottlau, wurden aber ohne Beschädigung gerettet.

— Der Spring am Schießgarten ist in der Reparatur begriffen, wodurch einem sehr fühlbaren Uebelstande für die dienende Klasse abgeholfen wird.

Graudenz, 25. Juli. Das Wasser der Weichsel ist wieder auf den gewöhnlichen Stand gefallen, und der Trajekt wird bereits mittelst der fliegenden Fähre in regelmäßiger Weise bewirkt. Der hinweggespülte Sanddamm ist durch eine Schiffbrücke ersetzt worden.

— Im Löbauer Kreise sind laut Bekanntmachung der Königl. Regierung die ursprünglichen Namen mehrerer Domainenvorwerke wieder hergestellt worden: Ostrowitt verändert in Osterwitt, Swentowo in Schwentau, Tynnwalde in Timwalde, Wawrowitz in Wawerwitz, Krottoczyn in Krottoschin.

Königsberg. Vorigen Mittwoch sind auch die letzten Bataillone des Regiments „Kronprinz von Preußen“, der Stab und das Musikkorps nach der

polnischen Grenze ausgerückt. Von einem Aufgeben der Grenzbesetzung scheint mithin vorläufig noch nicht die Rede zu sein. (Ostpr. Ztg.)

— Am Montag hat sich im Schießhause ein Unglücksfall zugetragen, in dem der Marqueur an der Scheibe, nach der verschiedene Schützenmitglieder schossen, trotzdem der abzufeuernde Schuß vorschriftsmäßig durch ein Glockensignal angemeldet wurde, sich nicht hinter seine Verschanzung begab, sondern hinter der Scheibe stehen blieb. Die Kugel, welche der Conditor B. abfeuerte, ging durch die Scheibe hindurch und drang in den Rücken des Marqueurs ein, in welchen sie stecken blieb. Die Verletzung soll glücklicherweise keine lebensgefährliche sein, es steht die baldige Genesung, sobald ihm die Kugel herausgenommen wird, zu erwarten.

Stralsund, 25. Juli. Beim Heraufziehen des gestrigen Gewitters waren 8—10 Personen auf dem Felde bei Kramerhof, ganz in der Nähe des Hofes, mit Rappsdreschen beschäftigt. Ein Blitzstrahl fuhr herab, der augenblicklich einen Mann und ein Pferd tödtete. Zwei Personen wurden betäubt und hatten wahrscheinlich durch das Niederfallen Quetschungen erlitten.

Der Polenprozeß.

Berlin, 25. Juli 1864.

Von den 149 Angeklagten haben sich 25 theils im Auslande, theils überhaupt auf flüchtigem Fuß befunden; sie mußten daher öffentlich vorgeladen werden, und haben sich dann zehn von ihnen freiwillig gestellt, die nun mit den übrigen in Kraft sind. — Neun der Angeklagten waren schon im Jahre 1847 wegen Hochverraths auf der Anklagebank, und zwar: Konstantin Bninski, Alexander Guttry, Wladislav Dr. v. Niegolewski (der Abgeordnete, nicht, wie irrthümlicherweise Sigismund v. Niegolewski als solcher bezeichnet worden), Eduard Kalkstein, Edmund Taczanowski, Anastasius Radonski, Boguslaus Lublinski, Wladislaus Kosinski und Hippolyt Szczawinski. — Von diesen wurde Kosinski zum Tode, Szczawinski zu 8 Jahren Festungshaft verurtheilt; die Uebrigen waren freigesprochen worden. Von den Urtheilen war nur das erstere rechtskräftig geworden; aber in Folge nachgesuchter Begnadigung hatte Kosinski die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Festungshaft erlangt, als die Märzereignisse des Jahres 1848 die Amnestie für Alle der damaligen Angeklagten herbeiführten. — Der größte Theil der Betheiligten, wohl drei Viertel derselben befindet sich in noch sehr jugendlichem und blühendem Lebensalter. — Nur wenige haben bis jetzt graues Haar, wiewohl die bereits viele Monate dauernde Kerkerhaft doch schon Mehrere unter ihnen dem Siegthum entgegengeführt hat. — Nachdem die Verlesung der Anklageschrift in deutscher sowohl als in polnischer Sprache (wobei drei Gerichtsschreiber sich von halber zu halber Stunde abwechselten,) mit der letzten Sitzung am 21. d. M. fast ihr Ende erreicht hatte, war man zum heutigen Tage auf eingehendere und belangreichere Verhandlungen gespannt. Eine größere Zuhörerschaft füllte erwartungsvoll die Gallerie; eine eigenthümliche, zum Theil sehr anziehende Färbung gaben derselben die in tief schwarzen Kleidern und verschleiert, ziemlich zahlreich erschienenen Polinnen, meistens in jugendlichem Alter; auch sah man ihnen die vornehme Lebensstellung an. — Mit dem Glockenschlage um 9 Uhr traten die Angeklagten aus einer Thür neben dem Richtertische in den Saal und nahmen ihre Plätze ein, Leon v. Krolikowski jedoch (bisher im Charitékrankenhause gewesen), durch zwei seiner Freunde geführt und unterstützt, wurde auf einen gepolsterten Lehnstuhl in der vordersten Reihe niedergelassen. — Die zu Anfang ziemlich ungezwungene laute Unterhaltung der Angeklagten unterbrach die Mittheilung des Präsidialdieners: daß der Gerichtshof nahe. Es trat die Ruhe ein und Jeder kehrte zu seinem Sitze zurück. Präsident und Richter erschienen und nahmen ihre Plätze ein. — Der Erstere theilte zunächst mit: daß heut sämmtliche Angeklagte anwesend, auch diejenigen, welche bisher wegen Krankheit nicht den bisherigen Verhandlungen ganz hätten beiwohnen können. —

Hierauf wurde noch, etwa eine Stunde ausfüllend, der Schluß der polnischen Anklageschrift verlesen, und dann eine Erörterung der Frage: ob die durch Krankheit bisher zum Theil verhindert gewesenen Angeklagten überhaupt noch zu diesen Verhandlungen zuzulassen oder aus dieser Gruppe der Angeklagten ganz auszuschließen und mit einer zweiten Gruppe erst in einigen Monaten vor Gericht zu stellen seien? zwischen dem Oberstaatsanwalt, der die Ausschließung der Betreffenden beantragte, und dem Vertheidiger, Rechtsanwalt Lent, der die Zulassung derselben befürwortete, in sehr lebhafter Weise geführt. — Der Gerichtshof zog sich zur Beschlußfassung zurück, und verkündete nach etwa einer halben Stunde den Beschluß: daß die durch Krankheit bisher verhindert gewesenen Angeklagten jetzt noch zugelassen und ihnen nachträglich der sie betreffende Theil der Anklageschrift vorzulesen, was dann in deutscher und in polnischer Sprache geschah und bis zur Pause, bis 11¼ Uhr, währte.

(Forts. folgt.) Ed. W.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Ein treuloser Lehrbursche.] Der Schmiedemeister Herr Gillmann zu Oliva hatte einen Lehrburschen, Namens Albert Kayza, dem es besser gefiel, herum zu laufen oder auf der Bärenhaut zu liegen, als den Blasebalg in Bewegung zu setzen oder am Ambos den Hammer zu schwingen. Der Meister ließ es nicht an Ermahnungen zum Fleiß und einem ordentlichen Lebenswandel fehlen, aber alle Ermahnungen hatten bei dem Burschen weiter nichts zu bedeuten, als daß sie zr dem einen Ohr hinein und zu dem andern herausgingen. Als trotzdem der Meister die ihm zu Gebote stehenden Mittel für die Besserung des Lehrjungen nicht aufgab, faßte dieser den Entschluß zu entlaufen und führte denselben auch aus. Diese Treulosigkeit würde ihn nun allerdings nicht auf die Anklagebank gebracht haben, wenn nicht noch ein anderer Umstand dabei gewesen wäre. Er trug nämlich Kleider, welche ihm nicht gehörten, sondern die ihm nur sein Meister geliehen hatte und zwar nur für die Zeit während des Aufenthalts in seinem Hause. Da nun der Lehrbursche bei seiner Flucht die Kleider anbehalten hatte, so wurde er der Unterschlagung angeklagt. Der hohe Gerichtshof verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von 2 Monaten und zum Ehrenverlust auf die Dauer eines Jahres.

Vermischtes.

*** Am Freitag fuhr eine Anzahl Hautboisten in Berlin mit ihren Frauen nach dem bei den Kalkbergen belegenen Rüdersdorfer Seebad. Dasselbe ist für die Geschlechter getrennt, die Frauen waren daher im Wasser ohne männlichen Schutz und war Eine von ihnen leider so unvorsichtig, über den Strick hinaus zu gehen, welcher andeutet, daß Nichtschwimmer sich nur bis dahin sicher begeben können. Die Frau wurde vom Strom ergriffen und fortgeführt. Auf den Hülferuf der anderen Frauen stürzten die Männer herbei und Einer von ihnen, ein tüchtiger Schwimmer, warf sich sofort der Ertrinkenden nach, erreichte sie auch, wurde aber von ihr so fest ergriffen, daß er sich nur mit der größten Anstrengung losmachen und sein eigenes Leben retten konnte. Noch einmal machte er dessenungeachtet einen Rettungsversuch, der aber wiederum mißglückte. Erst nach längerer Zeit wurde die Frau todt aus dem Wasser geholt. Es war eine bildschöne, kaum 20jährige Frau, Mutter zweier Kinder. Ihr schneller Tod erregt allgemein die tiefste Theilnahme.

*** In diesen Tagen machte ein Artillerie-Unteroffizier seinem Vater in Berlin die Anzeige, daß er sich, seiner Zustimmung gewiß in Schleswig mit einem jungen Mädchen verlobt habe, welches die Erbin eines bedeutenden Gutes sei. Gleichzeitig theilte er mit, daß die Freundin seiner Braut, welche zwar kein Gut, aber als Mitgift 24,000 Thaler zufallen, ihre Hand einem Kameraden gereicht habe.

*** Das beste Geschäft ist gegenwärtig in Köln — Schornsteinfegermeister zu sein. — Wie aus einer neueren Bekanntmachung des Polizei-Präsidii hervorgeht, duldet die Polizei daselbst nur 4, sage und schreibe vier Schornsteinfegermeister, d. i. auf je 30,000 Menschen oder 6000 Haushaltungen einen.

*** Leider war es der Schweiz vorbehalten, die Criminalstatistik um ein furchtbares Verbrechen zu bereichern. In Pfäffikon bei Zürich hat ein kaum zwanzigjähriger Metzger, Namens Furrer, seine beiden Eltern vergiftet. Laut der „Neuen Züricher Zeitung" hat der Verbrecher bereits eingestanden, einer seinen Eltern überbrachten Wurst Arsenik in der Absicht beigemischt zu haben, um sie zu vergiften. Er vertheilte die Wurst am gastlichen Tische in drei Theile für Vater, Mutter und die zwölfjährige Schwester und saß dabei, als alle Drei das gefährliche Geschenk verzehrten.

Kirchliche Nachrichten vom 18. bis 25. Juli.

Bartholomäi. Getauft: Zimmerges. Heyer Tochter Emma Emilie. Zimmerges. Beuster Tochter Anna Maria Elise. Schiffszimmerges. Claassen Sohn Edwin George. Schutzmann Miller Sohn Gustav Theodor.

St. Petri u. Pauli. Getauft: Dr phil. und prakt. Arzt Neumann Sohn Franz Eduard Paul. Stuhlmachermstr. Jyrgensen Tochter Elisabeth Auguste.

Gestorben: Oekonom Mehring Tochter Clara Margaretha, 2 J., Magenerweichung. Commis Oskar Alexander Gehricke, 21 J, Lungen-Entzündung.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 27. Juli: 7 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt:

Grabow, Albert u. Anna, n. London; u. Zuidema, Dampfschiff Rubens, n. Amsterdam, mit Getreide.

Ankommend: 1 Brigg u. 1 Schooner.

Wind: SSW.—W.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 27. Juli.

Weizen, 170 Last, 132pfd. fl. 437½; 131.32pfd. fl. 435; 129pfd. fl. 410, 422½; 130.31pfd. fl. 402½; 127 bis 128pfd. fl. 393, Alles pr. 85pfd.

Roggen, 121, 122.23pfd. fl. 225; 122, 123pfd. fl. 227½; 126pfd. fl. 230, Alles pr. 85pfd.

Weiße Erbsen, fl. 287½, 290 pr. 90pfd.

Rübsen fl. 606, 621, 624 pr. 72pfd.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 25. bis incl. 27. Juli:

1152 Last Weizen, 304 Last Roggen, 2 Last Erbsen, 915 Last Faßholz, 1610 eichene Balken, 20,296 fichtene Balken und Rundholz, 15,313 Eisenbahnschwellen.

Wasserstand 3 Fuß 8 Zoll.

Meteorologische Beobachtungen.

27	8	334,18	+ 14,4	W. mäßig, durchbrochen.
	12	334,70	16,1	WNW. frisch, hell u. bewölkt.

[Eingesandt.]

Im Preußischen Hofe befindet sich eine Ausstellung von optischen Gegenständen aller Art. Fernröhre, Mikroscope, Brillen, Operngläser, stereoskopische Apparate. Dieselben sind bei höchst feiner und sauberer Arbeit zu äußerst billigen Preisen in größter Auswahl zu haben, und kann nur empfohlen werden, diese Gelegenheit, sich auf eine vortheilhafte Weise dergleichen Gegenstände zu erwerben, nicht unbenutzt vorüber gehen zu lassen.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Lieut. u. Rittergutsbes. Steffens n. Gattin aus Groß-Golmkau. Frau Lieut. v. d. Trenk gen. Königsegg a. Langefuhr. Frau Gutsbes. v. Blankensee a. Ryben.

Hotel de Berlin:

Rittergutsbes. Krieger a. Jablonsko. Bürger Sniechowski a. Warschau. Die Kaufl. Gottheil a. Hamburg, Zabel a. Quedlinburg, Feil a. Leipzig, Schwarz u. Herrmann a. Berlin. Maschinist Dramm a. Elbing.

Walter's Hotel:

Rentier v. Podjoski n. Fam. a. Pr. Stargardt. Die Gutsbes. v. Rogowski a. Alt-Busch u. Schumacher a. Maxhausen. Partikulier Grobl a. Berlin. Rentier Reschke a. Elbing. Landwirth Welichke a. Rosenberg. Die Kaufl. Friedländer a. Berlin, Bohm a. Königsberg u. Patrig a. Elbing. Frau Rittergutsbes. Birkholz und Fräul. Busch a. Labuhn.

Hotel zum Kronprinzen:

Geh. Justiz-Rath u. Professor Sanio n. Gattin u. Partikulier Freiherr v. Stark a. Königsberg. Rektor v. d. Oelsnitz n. Sohn a. Marienwerder. Rektor Henschke u. Hotelbes. Sinagowitz a. Ortelsburg. Glas-Fabrikant Piwonka a. Chotzmühle. Die Kaufl. Löwenthal und Hoffnung n. Sohn a. Freystadt. Frau Rentierin v. Grodzke a. Culm. Musik-Dirigent Gruhn a. Bromberg.

Hotel drei Mohren:

Die Kaufl. Rosenthal a. Berlin, Block u. Cohn a. Hamburg, Fleischer a. Bromberg, Hallmann a. Leipzig, Schultz a. Elbing, Wepler a. Magdeburg, Neygaß aus Frankfurt a. M. u. Buchmann a. Bamberg. Cand. theol. Petsch, Secundaner Räuber, Schüler Räuber und Student Geysmer a. Elbing.

Hotel de Thorn:

Bürger Olszewski a. Löbau. Die Gutsbes. T. u. B. Olszewski a. Lautenburg. Die Kaufl. Schiller a. Mühlhausen in B., Altmann a. Berlin u. Voß a. Grangemouth. Frau Kaufm. Wittkower a. London. Justizrath Reinholz a. Düsseldorf. Commis Braunberg a. Leipzig. Gutsbes. Hendel a. Schlawe. Rentier Reinke a. Carthaus. Landwirth Wegner a. Podgarz. Steuer-Inspect. Schmidt n. Fam. a. Dt.-Eylau.

Deutsches Haus:

Dr. Schulz a. Memel u. Dr. Rumpel a. Insterburg. Die Kaufl. Eifelt a. Graudenz, Wehmer a. Thorn, Holtz u. Brambach a. Königsberg. Gutspächter Koch a. Lauenburg. Inspector Belkow a. Heiligenbeil. Deconom Transe a. Bütow.

Bekanntmachung.

Die **Auszahlung** der **Servisvergütigung** für die in den Monaten April, Mai und Juni cr. hergegebenen **Natural-Quartiere** der innern Stadt, wird von **Dienstag**, den **26.**, bis **Donnerstag**, den **28. d. Mts.** innerhalb der Dienststunden auf unserer **Kämmerei-Kasse** stattfinden, wovon die betheiligten Hauseigenthümer hiemit in Kenntniß gesetzt werden.

Danzig, den 20. Juli 1864.

Magistrat.

Servis- und Einquartierungs-Deputation.

Victoria-Theater.

Donnerstag, den 28. Juli. Zum vierten Male wiederholt: **Viel Vergnügen.** Posse mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von H. Salingré.

☞ Zur Besprechung, die **Ermäßigung der Kurkosten** für **Gesellen** im **Stadtlazareth** betreffend, werden die verehrlichen **Kassenvorstände** der hiesigen **Gesellenkassen**, so wie alle, die sich hierfür interessiren, zu

Freitag, 29. Juli c., Abends 8 Uhr,

im **Gewerbehause** eingeladen.

Der Gesellen-Verein.

☞ Die so sehr ☜

belieblen Wiener Strohhüte

à Eilf Silbergroschen

sind angekommen. **H. A. Holst,**

Langgasse 69.

Von den Weißen Panama kamen auch welche mit.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.